

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020

Teilhaushalt 3100

Damit kommen wir zum **Teilhaushalt 3100** Umwelt und Arbeitsschutz. Das hatten wir so vereinbart, dass wir das zurückstellen. Ich muss Sie jetzt wieder bitten, auf die **Seite 143** nach vorne zu blättern.

Antrag 23 (Seite 143): Nachhaltige Wirtschaftskreisläufe fördern – Verschwendung vermeiden (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir hatten im vergangenen Jahr die Diskussion über den Leihladen in der Oststadt, wo es auch darum geht, ob wir Zuschüsse zu Projekten aus der Zivilgesellschaft ermöglichen können, die sich im Bereich von nachhaltigem Wirtschaften, seien es Leihläden, Repair-Cafés usw., darstellen. Wir finden es eine sinnvolle Angelegenheit, so etwas im Anschlag mitzufinanzieren, weil das ein großartiges Engagement in der Bevölkerung ist. Wir werden jetzt diesen Antrag modifizieren auf die Summe von 10.000 Euro, versehen mit einem Sperrvermerk, statt den bisher vorgesehenen 30.000 Euro.

Stadträtin Weber (GRÜNE): Im November hat das Europaparlament Leitplanungen für Recht auf Reparatur gesetzt. In diesem Beschluss geht es nicht nur darum, die Langlebigkeit von Produkten zu erhöhen, sondern auch den absoluten Ressourcen- und Energieverbrauch zu reduzieren. So soll Umwelt- und Verbraucherschutz mit zukunftssicherer Industriepolitik verbunden werden. Die Umsetzung dieser Ziele liegt in der Hand der Kommunen. Karlsruhe kann gerade in Zeiten des Postwachstums mit der Förderung einer Kultur der Wiederverwendung und des Sharings wesentlich zu einem nachhaltigen Leben und Wirtschaften beitragen. Unterstützenswert sind unabhängige Werkstätten und Reparaturbetriebe, wie Leihlokale, Repair-Cafés oder Foodsharing-Initiativen, die überproduzierte Lebensmittel aus privaten Haushalten sowie von kleinen und großen Betrieben retten. Es geht also nicht darum, etwas neu herzustellen, sondern das, was daraus vorhanden ist, wiederzuverwenden, zu reparieren oder besser zu verteilen. Im besten Sinne eine Kreislaufwirtschaft, die den Energie- und Ressourcenverbrauch bei der Herstellung und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen absolut reduziert.

Diese Nachhaltigkeitsstrategiesuffizienz im Vergleich zu anderen Nachhaltigkeitsstrategien hat im Vollzug, dass keine zusätzlichen Maschinen oder Innovationen benötigt werden. Suffizienz ist daher eine niedrighängende Frucht, mit minimalem Aufwand maximalen Erfolg zu erzielen. Hierzu sind wir als Gemeinde gefragt, diesen neuen Geschäftsmodellen günstige Rahmen- und Wachstumsbedingungen zu geben. Genauso wie digitale Start-ups zum Beispiel im Cyberlab gefördert werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit, finanzieller Förderung und bessere Infrastrukturen können wir ein Klima für ein verändertes Angebot von Produkten und Dienstleistungen ermöglichen, das auch lokale Arbeitsplätze schaffen kann. In diesem Sinne begrüßen wir den Antrag der LINKE., Orte des nachhaltigen und solidarischen Wirtschaftens zu fördern, allerdings mit einem Sperrvermerk.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Wünschenswerter Antrag, aber unter den finanziellen Rahmenbedingungen unrealistisch.

Stadtrat Huber (SPD): Die Vorteile einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sind bekannt. Wir haben in Karlsruhe wunderbare Beispiele von Organisationen, die sich damit beschäftigen, Leihlokal, Repair-Cafe wurden schon genannt. Wir haben als SPD das auch aktiv unterstützt und auch mit einer Mehrheit hier im Haus das Leihlokal einmalig mit 10.000 Euro unterstützt. Wir finden es gut. Wir sind der LINKE. sehr dankbar, dass sie jetzt noch einmal die Summe etwas reduziert haben. Mit 10.000 Euro und Sperrvermerk können wir durchaus mitgehen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich finde es ein Superthema. Allerdings kann ich mir nicht vorstellen, dass man mit 10.000 Euro und Sperrvermerk etwas hinbekommt. Wenn man das grundsätzlich fördern will, muss man grundsätzlich darüber nachdenken. Das sollten wir uns einmal antun und gründlich darüber nachdenken. Dann kann Karlsruhe auch als Ganzes vorbildlich sein.

Der Vorsitzende: Ich muss jetzt noch einmal nachfragen: Ich habe jetzt 10.000 Euro statt 30.000 Euro, jedes Jahr und mit Sperrvermerk. Oder nur einmalig?

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir hatten das so verstanden, dass der Sperrvermerk dann gilt, bis ein Konzept vorliegt, welche Institutionen nach welchen Kriterien und Gründen gefördert werden. Dann müssen die Antragsteller sagen, ob das jetzt jährlich sein soll. Aber das ergäbe dann Sinn.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Aus unserer Sicht dann jährlich.

Der Vorsitzende: Dann stelle ich das zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

Wir kommen auf die **Seite 145**.

Antrag 24 (Seite 145): Entsiegelungsoffensive im öffentlichen Raum für eine bessere Lebensqualität (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir halten weiter an dem Antrag fest. Wir glauben, dass nicht nur im Rahmen von Umbauten das Thema Entsiegelung adressiert werden sollte, sondern auch ganz gezielt im innerstädtischen Bereich, sei es auf Parkflächen oder anderen Thematiken. Deshalb sind wir auch nicht mit der Antwort der Verwaltung einverstanden, auch wenn es natürlich richtig ist, dass es bereits gemacht wird. Aber wir wollen einen Schritt weitergehen und das gezielt eigenständig als Baumaßnahme angehen. Daher dieser Antrag.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Anliegen wird von uns selbstverständlich unterstützt. Es ist dringend notwendig, dass wir Flächen in Karlsruhe entsiegeln. Es wurde früher zu viel versiegelt. Da besteht wirklich in der Tat ein großer Handlungsbedarf. Jetzt sagt die Verwaltung auch, dass sie bereits im Rahmen ihrer Bau- und Erneuerungsmaßnahmen diese umsetzt, beschränkt es allerdings momentan auf unterirdische Infrastruktur. Es gibt aber bis jetzt noch kein Konzept, keine Auflistung oder keine Ausarbeitung, welche Flächen entsiegelt werden können. Das heißt, es wäre eigentlich wichtig, dass das vorgeschaltet wird, und dass

wir uns darüber zu Beginn des nächsten Jahres verständigen und die Stadtverwaltung entsprechend etwas vorbereitet für uns.

Ich möchte aber dazu sagen, dass wir GRÜNE unter Ziffer 249 einen Antrag gestellt haben auf Erhöhung des Förderprogramms Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und Entsiegelung von Flächen. Hier sind insbesondere die Schottergärten gemeint. Da die jetzt ohnehin per Naturschutzgesetz verboten sind, wäre das der erste Schritt, dass man die Mittel, die wir beantragt haben, einsetzt, dass man hier vorankommt und dort, wo Schottergärten bestehen, berät, unterstützt und dazu beiträgt, dass die zurückgebaut werden, und dass neue gar nicht erst entstehen und man das entsprechend kontrollieren kann. Das ist im Vorgriff schon eine Begründung. Von daher sehen wir jetzt die 300.000 Euro für das kommende Jahr noch nicht wirklich für erforderlich und lehnen es deshalb ab.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Entsiegelungsmaßnahmen, vor allem im Innenstadtbereich, sind sinnvoll. Gerade deswegen werden sie schon bei Bau- und Erneuerungsmaßnahmen mit durchgeführt, soweit es von der Infrastruktur her möglich ist. Wir verlassen uns für heute daher auf die Antwort der Verwaltung, dass zusätzliche Mittel nicht erforderlich sind und lehnen den Antrag ab.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Der Antrag hat etwas Smartes. Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was mein Kollege Høyem gesagt hat. Aber es geht in diese Richtung. Wir sehen, wie draußen in der Stadt die Entwicklungen und die Bauarbeiten vorangehen. Ich denke, ein solcher Antrag wäre sinnvoll bei konkreten Maßnahmen, wie zum Beispiel bei der kürzlich entschiedenen Baufläche des Forums Rechts. Da wurde auch die Forderung gestellt, Entsiegelung ortsnah zu praktizieren. Dann werden wir auch sehen, wie es funktioniert. In dem Fall vertraue ich auch der Verwaltung mit ihrer Stellungnahme. Ich sehe es tatsächlich, dass dieses Thema auch so praktiziert wird.

Ich habe diesen Antrag bewusst für einen kurzen Redebeitrag gewählt, weil er gut in der Sache, aber zurzeit falsch ist. Beim Thema Gegenfinanzierung der Anträge sind wir eigentlich durch. Wenn ich mich nicht täusche, kommen jetzt nur noch Anträge, die uns Geld kosten. Deshalb werden wir uns auch weiterhin sehr zurückhalten mit unseren Ja-Stimmen. Diesen Antrag werde ich – wie meine Vorredner – für unsere Fraktion leider ablehnen müssen.

Stadtrat Høyem (FDP): Jede Zeit hat verschiedene Modewörter. Hier gibt es das Modewort Entsiegelung. Wenn man das sagt, ist es wie ein Zauberwort. Dann kommt automatisch Geld. Ich finde, dass Entsiegelung gut ist, absolut. Aber es wäre eine gute Idee zu wissen, wo man entsiegelt und wie man das machen will und nicht nur ein modernes Klischee-Modewort, und dann sagen, dann kommen 300.000 Euro. Wir lehnen das deshalb ab. Nicht den Inhalt, Entsiegelung ist sehr gut. Wir diskutieren das im Planungsausschuss. Wir tun das. Danke für die Verwaltungsantwort. Aber nur 300.000 Euro wegen einem modernen Wort, das ist zu viel.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass über die 1. Veränderungsliste die Mittel für ökologische Maßnahmen noch angepasst wurden.

Antrag 25 (Seite 147): Externe Unternehmen – projektbezogene Zuschüsse streichen (AfD)

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 26 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für NABU Gruppe Karlsruhe e. V. (DIE LINKE.)

Antrag 27 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für NABU Gruppe Karlsruhe (GRÜNE)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich rede auch gleich zu den Anträgen Nrn. 28, 29 und 30. Das ist alles ein ähnlicher Inhalt.

Wir haben beantragt, dass die ehrenamtlichen Naturschutzverbände etwas mehr Geld bekommen sollen. Es geht um 4.000 Euro für drei Verbände, ist also ganz kleines Geld. Es kann niemand sagen, das kann man nicht bezahlen. Die Verwaltung hat geantwortet, bei zweien wird der Betrag dadurch verdoppelt. Das ist für mich aber kein Gegenargument, zeigt eher, wie knapp die im Moment gehalten werden, und dass das in keiner Relation zur Wirkung der Verbände steht. Die werden umso dringender gebraucht angesichts der Klimakrise und des Artensterbens. Insofern kann man eigentlich gar nicht dagegen stimmen.

Stadtrat Maier (CDU): Ich glaube, dagegen stimmen kann man trotzdem. Aber ich hoffe, dass Frau Bürgermeisterin Lisbach das durch Umschichtung erreicht, dass eine gerechtere Verteilung der Gelder an diese Kleingruppierungen geht.

Stadtrat Huber (SPD): Ich bin ganz bei meinem Kollege Honné. Zweimal nichts ist immer noch nichts. Oder zweimal wenig ist immer noch wenig. Ich glaube, dass diese Verbände schon seit sehr langer Zeit eine unglaublich gute Arbeit machen, BUZO vor allem, mit dem 50. Jubiläum nächstes Jahr. Die Aufgabe, die diese Verbände erfüllen, wird nicht kleiner, sondern nur noch deutlich größer. Ich glaube, dann ist diese geringfügige Erhöhung dieses Zuschusses durchaus gerechtfertigt.

Der Vorsitzende: Dann stelle ich jetzt die beiden Anträge gemeinsam zur Abstimmung. Es geht um eine jährliche Erhöhung des Zuschusses um 1.000 Euro. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 28 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUZO (DIE LINKE.)

Antrag 29 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUZO (SPD)

Antrag 30 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUZO (GRÜNE)

Da habe ich einmal eine jährliche Steigerung um 2.000 Euro und einmal eine einmalige.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es sollte durchgehend sein. Das haben wir falsch geschrieben.

Der Vorsitzende: Sieht die SPD das auch so, oder bleiben Sie bei einmalig? – Fortlaufend. Dann schließen Sie sich alle dem gemeinsamen Wunsch an, mit 2.000 Euro jährlich institutionell den Zuschuss zu erhöhen. Wir können gleich in die Abstimmung gehen. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 31 (Seite 147): Erhöhung des Zuschusses für BUND Karlsruhe (GRÜNE)

Das sind auch 1.000 Euro fortlaufend im Jahr. Da können wir gleich abstimmen. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 32 (Seite 147): Bezuschussung an GloW e. V. (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir begrüßen die fachliche Antwort der Verwaltung, dass dieses Projekt eine Bereicherung wäre im Bereich der nachhaltigen Bildung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass finanziell eine Ablehnung seitens der Verwaltung erfolgt ist. Das ist tatsächlich ein Bereich, wo es um ein neues Projekt gehen wird. Es ist aber eine einmalige Finanzierung, was diesen Antrag angeht, also keine institutionelle Förderung, sondern einmalig für das nächste Jahr. Wir sehen es als Bereicherung des Bildungsbereichs an und werden den Antrag aufrechterhalten.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE können uns inhaltlich dieser Argumentation anschließen. Wir hatten auch ein intensives Gespräch mit den Initiatorinnen, die jetzt schon aktiv sind in diesem Bereich und es auch wirklich hervorragend machen. Es sind alles Absolventinnen des Masterstudiengangs Biodiversität der Pädagogischen Hochschule. Es läuft schon. Aber wir möchte jetzt nicht so schnell einsteigen und würden beantragen, dass wir 10.000 Euro mit Sperrvermerk einstellen, damit diese Bildungsarbeit gerade an Schulen oder in Jugendvereinen konsequent fortgesetzt werden kann. Ohne Sachmittel und eine Aufwandsentschädigung ist es sonst nicht zu leisten.

Der Vorsitzende: Dann haben wir zwei Anträge, einmal 20.000 Euro einmalig. Und einmal 10.000 Euro mit Sperrvermerk.

Dann rufe ich zunächst die 20.000 Euro auf. – Das ist eine Mehrheit **dagegen**.

Dann rufe ich auf, einmalige 10.000 Euro mit Sperrvermerk. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 33 (Seite 147): Fördertopf für Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen – Ausgaben reduzieren (AfD)

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte diesen Antrag zum Anlass nehmen, eine grundsätzliche Rede zu halten zu einer Reihe von Anträgen. Ich denke, wir werden sie dann auch alle erkennen.

Diese Reihe von Anträgen erinnert an den Slogan „Defund the Police“, der in den USA immer wieder zu hören ist. Der Slogan wäre hier „Defund Climate Action“. Entzieht dem Klimaschutz die Finanzierung. Genauso ähnlich, wie man mögliche Probleme über Sicherheitsbehörden nicht dadurch lösen könnte, ihnen die Mittel zu entziehen, lässt sich die Klimakrise auch nicht dadurch lösen, dass man die Mittel für den Klimaschutz streicht. Hier wird gefordert, streicht die Mittel für die Kooperation von Umweltverbänden mit Schulen. Drückt solch ein Antrag die Furcht aus, dass eine gute Umweltbildung mehr junge, engagierte Menschen dazu bringen könnte, eine angemessene Klimapolitik einzufordern, wie es zum Beispiel Fridays for Future tut? Dann gibt es Anträge, die fordern, dass so etwas wie Stromsparpartner beendet werden soll. Das Rational dahinter bleibt das Geheimnis derer, die ihn stel-

len. Solche Projekte verbinden Emissionsminderung mit Entlastung von Haushalten mit niedrigen Einkommen. Es trägt also dazu bei, diejenigen zu unterstützen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Das sind normalerweise diejenigen mit geringen Mitteln.

Dann wird gefordert, die Zuschüsse an die Karlsruher Klimaschutzagentur zu streichen, Klimaschutzkampagnen einzustellen, Klimaschutzfonds zu streichen. Lauter Anträge, bei denen ein Großteil gegen den Klimaschutz im Sinn zu stehen scheint. Mittel seien nicht effizient eingesetzt. Effiziente Alternativen – Fehlanzeige. Quartiersprojekte seien zu streichen. Weitere Mittel, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugutekämen, sollen einfach gestrichen werden. Es bleibt nur alles bei diesen Dingen. Wir können die Klimakrise nicht durch Streichen von Mitteln bekämpfen. All das ist abzulehnen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich spreche jetzt auch für die nächsten sechs Anträge. Auch wenn die Haushaltslage ernst ist, haben wir doch sehr sinnvolle und wichtige Punkte bereits im Haushalt verankert. Die Kooperation mit den Umweltverbänden und Schulen hat sich seit Jahren etabliert. Auch der Tausch von Kühlgeräten und das Projekt Stromsparpartner sind wichtige Bestandteile. Wir lehnen eine Streichung beziehungsweise Kürzung auf jeden Fall ab, müssen aber aufgrund der ernststen Haushaltslage natürlich auch die Erhöhungsanträge der LINKE. ablehnen.

Zum Antrag Nr. 38, die Zuschüsse für die KEK zu streichen: Dafür haben wir gar kein Verständnis. Denn die KEK ist ein Erfolgsmodell in Karlsruhe und wichtiger denn je. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir die Mittel im Haushalt belassen, wie sie vorgesehen sind.

Stadtrat Schnell (AfD): Wenn wir jetzt ins Grundsätzliche gehen, dann möchte ich das auch tun. Wir haben in der Welt ungefähr 40 Mio. Tonnen CO₂-Verbrauch im Jahr. Wenn Sie sich das einmal als 4 m Höhe vorstellen wollen, dann sind Sie bei den runden Säulen, die Sie hier sehen, im oberen Drittel. Davon machen allein China und Indien zusammen 1,4 m. Gemäß Pariser Abkommen müssen sogenannte Entwicklungsländer wie Indien und China bis 2030 keinerlei Reduktion ihrer CO₂-Emission vornehmen. Das heißt, die wachsen weiter wie bisher. Da werden aus den 1,40 m, die Sie heute haben, dann 2,10 m, also noch 70 cm oben drauf. Dann sind wir am Ende dieser großen Säule. Von dieser Säule war Deutschland einmal 10 cm, bevor die DDR industrialisiert wurde. Heute sind wir bei 8 cm. Aus denen wollen wir 6 cm machen bis 2030. Karlsruhe hat, wenn Sie jetzt diese Zahlen nehmen, eine Höhe von 0,3 mm, die wir der Erde ersparen können, wenn wir wie Lemminge jetzt kollektiv Selbstmord begehen würden. Diesen Effekt auf das Weltklima können Sie noch nicht einmal erkennen.

Deshalb haben wir mehrere Anträge gestellt, indem wir ein Streichen oder Zurückfahren dieser in unseren Augen sinnlosen Ausgaben fordern. Jetzt kommen Sie von den GRÜNEN und meinen, wenn wir uns in Karlsruhe dem sogenannten Klimaschutz verschreiben, zig Millionen zum Fenster hinauswerfen, die Wirtschaft ruinieren, die Bürger schröpfen, dann würde sich klimamäßig irgendetwas ändern. Halten Sie sich diese Säule vor Augen und den Beitrag, den Karlsruhe dazu theoretisch leisten könnte.

Herr Dr. Cremer hat es in der letzten Sitzung völlig korrekt beschrieben. Klimaschutz ist wie Deichbau. Da kann man nicht an irgendeiner Stelle den Deich aus welchen Gründen auch immer einfach niedriger machen, ohne dass es negative Auswirkungen hätte. So lange also von den sogenannten Entwicklungsländern nicht verlangt wird, ihren CO₂-Ausstoß zu verrin-

gern, sie grenzenlos mehr CO₂ herausblasen dürfen, ist jeder Euro, den wir hier für vermeintlichen Klimaschutz ausgeben, einer zu viel.

Stadtrat Huber (SPD): Ihre Anträge und auch jetzt Ihr Redebeitrag zeigen auf wunderbare Weise, dass Sie die Gesellschaft, die Sie hier vertreten, weder verstanden haben, noch begreifen, welche Herausforderungen dieser Gesellschaft gerade bevorstehen. Sie haben auch nicht das politische System begriffen. Sie haben nicht begriffen, dass wir alle mitwirken müssen bei der Bekämpfung des Klimawandels. Sie verweisen jetzt auf die Bundesebene und sagen, die Bundesebene hat schon genug Steuern hineingebuttert, jetzt müssen wir das auf kommunaler Ebene nicht machen. Dann erzählen Sie irgendetwas von 4 m und Chinesen. Sie haben überhaupt nicht kapiert, dass es eine Aufgabe ist für alle Menschen auf diesem Planeten, diese Herausforderung anzunehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Was Sie auch so wunderbar demaskiert - auf Bundesebene erwarte ich gar nichts, auf Landesebene noch viel weniger -, ist, Sie stellen sich hier manchmal hin und machen so, als wären Sie in Karlsruhe die klassischen Kommunalpolitiker, pragmatisch und all das. Aber wenn man dann Ihre Anträge sieht, dann sieht man, Sie blasen in genau das gleiche Horn. Sie sind genauso ahnungslos wie Ihre Kollegen auf Landes- und Bundesebene. Das muss man an der Stelle einfach einmal klipp und klar sagen.

(Vereinzelter Beifall)

Stadtrat Høyem (FDP): Die Klimaveränderung ist ganz bestimmt die größte Herausforderung unserer Menschheit, die unsere Generation hat. Darüber kann man eigentlich nicht streiten. Die Herausforderung ist gigantisch. Wir müssen alles versuchen, was möglich ist. Trotzdem ist es korrekt, dass die Klimaveränderung eine globale Veränderung ist. Vieles, was wir tun, ist vielleicht gut gedacht, aber trotzdem nur Kosmetik und hat nicht wirklich mit dieser großen Herausforderung zu tun. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn die GRÜNE an einem Tag – vielleicht nicht heute – nur ein Wort sagen, nämlich, dass die Klimaveränderung global ist. Wenn das einmal von den GRÜNEN käme, wäre ich ein sehr glücklicher Mann. Denn das ist etwas, was ich in meinem Leben jetzt versuche zu tun. Das ist die globale Bekämpfung dieser immensen großen Herausforderung.

Dann wollte ich noch einen Satz sagen. Klimaschutz ist wichtig. Aber es ist kein heiliges Wort. Es ist immer gefährlich, wenn man in der Politik nur ein dominantes Thema hat. Wenn man eine Zeit lang nur über Flüchtlinge spricht, wenn wir – das erleben wir jetzt – nur über Corona sprechen. Wenn wir eine Zeit lang nur über Klimaschutz sprechen und alle anderen vielseitigen Aufgaben vergessen, ist das gefährlich für die Politik. Denn dann wird die Politik ein Monolog, dominiert von einem einzigen Wort, und kein echter Dialog zwischen Bürgern. So viel zum Thema. Diese fünf Streichungen lehnen wir ab, weil wir schon diese Strukturen etabliert haben. Die funktionieren. Aber Sie machen mich unglaublich glücklich, Herr Dr. Cremer, wenn Sie eines Tages sagen, ja, Herr Høyem, Klimaveränderung ist global.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es kann sein, dass es wirklich stimmt, dass wir nur 0,3 mm Beitrag haben zu diesen meterhohen Ausstößen. Es kann sein, dass unser Beitrag gar nicht relevant ist. Aber wenn alle anderen etwas falsch machen, heißt es nicht, dass wir es auch

falsch machen müssen. Das heißt, wir haben unsere Verantwortung für unser Haus zu übernehmen. Wir sind nicht verantwortlich, was die anderen in ihrem Haus machen. Wir müssen es richtig machen. Das bedeutet, wir müssen so tun, als ob es alle anderen auch richtig machen würden. Wir bringen unseren Beitrag, dann wird es gut. Wir dürfen uns nicht abhängig machen von den anderen. Es ist unser Auftrag, dass wir unser Haus bestellen, dass unser Haus gut bestellt ist, und sagen, wenn ihr es so macht, wie wir, dann ist es okay. Wir sollten vorbildlich sein. Dann erledigen wir unseren Auftrag.

Der Vorsitzende: Wenn wir gerade so schön am Plaudern sind, würde ich gerne noch den Aspekt eines etwas historischen Darwinismus einführen. Die Malediven gehen nicht unter, weil China in den nächsten Jahren noch ein paar Kohlekraftwerke in Gang setzt, sondern die Malediven saufen ab, weil man in den letzten 150 Jahren auf der nördlichen Erdhalbkugel alles reingeblasen hat. Es ist etwas zynisch zu sagen, ich versage den anderen die Entwicklung, die ich schon hinter mir habe, weil das am Ende für das Klima schädlicher ist, als wenn ich nichts tue und die anderen auf diese Entwicklung verzichten. Wir müssen das in einer sehr vernünftigen Weise miteinander verbinden. Das wird uns weltweit niemand abnehmen, wenn wir nicht auch das tun, was wir dafür tun können. Darum geht es. Ich kann von niemandem auf der Welt verlangen, dass er nicht auch den Lebensstandard erreichen möchte, den wir haben, und dass er darauf verzichtet, und kann im selbem Atemzug sagen, dann brauche ich aber für das Klima nichts zu tun und kann auch meinen Lebensstandard so halten. Das ist in einer gewissen Weise zynisch. Insofern müssen wir beides tun. Man muss weltweit agieren. Man muss aber auch Entwicklungen zulassen. Wir werden auch von unserem Lebensstandard aus meiner Sicht herunterkommen müssen in verschiedenen Bereichen. Insofern haben auch verschiedene Beschlüsse in der Dauerwirkung etwas mit diesem Thema zu tun.

Wir sind immer noch bei der Ordnungsziffer 33, Fördertopf für Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen reduzieren. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 34 (Seite 147): Tausch von Kühlgeräten – Bezuschussung erhöhen (DIE LINKE.)

Antrag 35 (Seite 147): Tausch von Kühlgeräten beenden (AfD)

Der weitergehende Antrag ist der AfD-Antrag, nämlich die 60.000 Euro einzusparen. Ich glaube nicht, dass es hier noch Wortmeldungen gibt. Dann können wir über den AfD-Antrag, Ordnungszimmer 35, abstimmen. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Damit rufe ich den Antrag DIE LINKE. auf, noch einmal 30.000 Euro draufzulegen auf dieses Projekt. Auch da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Auch das ist **abgelehnt**

Antrag 38 (Seite 147): Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) – Zuschüsse streichen (AfD)

Über den stimmen wir auch gleich ab. – Das ist **abgelehnt**.

Antrag 39 (Seite 147): Klimaschutzkampagne – Ausgaben stoppen (AfD)

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Antrag 40 (Seite 147): Erstellung eines integrierten Quartierkonzepts für Stupferich – streichen (AfD)

Antrag 41 (Seite 147): Erstellung eines integrierten Quartierkonzepts für Wettersbach – streichen (AfD)

Antrag 42 (Seite 147): Erstellung eines integrierten Quartierkonzepts für Grötzingen – streichen (AfD)

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir die nacheinander abstimmen.

Wir kommen zur Ordnungsziffer 40. Da geht es um Stupferich. - **Abgelehnt**

(Heiterkeit)

Ich werde gerade darauf aufmerksam gemacht, dass ich die Anträge Nrn. 36 und 37 übersprungen habe. Jetzt machen wir erst einmal die Quartierskonzepte fertig.

(Zurufe, Heiterkeit)

- Wir stellen für das Protokoll fest, dass Herr Cramer eigentlich auch ablehnen wollte.

Dann machen wir jetzt Nr. 41. Da geht es um das integrierte Quartierkonzept Wettersbach. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Dann kommt Ordnungsziffer 42, auch ein AfD-Antrag, Quartierskonzept Grötzingen. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch **abgelehnt**.

Ich habe die Kühlgeräte und die Stromsparpartner übereinander gelegt. Das geht natürlich nicht. Deswegen springen wir jetzt noch einmal zurück.

Antrag 36 (Seite 147): Projekt Stromsparer – Bezuschussung erhöhen (DIE LINKE.)

Antrag 37 (Seite 147): Projekt Stromsparer – Ausgaben stoppen (AfD)

Der weitergehende Antrag ist der von der AfD.

(Zurufe)

- Wir haben die Kühlgeräte abgestimmt, aber nicht die Stromsparpartner. Das war eben auch mein Irrtum.

(Weiter Zurufe)

- Ich habe es auch so gedacht. Aber es wird mehrfach darauf hingewiesen.

Wir rufen noch einmal, weil es so schön ist, die Ziffer 37 auf. Da geht es um die Stromsparpartner – Ausgaben stoppen, ein AfD-Antrag. Ich bitte um Ihr Votum. – **Abgelehnt**

Dann rufe ich noch einmal Nr. 36 auf, ein Antrag DIE LINKE., das Projekt Stromsparpartner noch einmal um 30.000 Euro zu erhöhen. Da bitte ich auch um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Antrag 43 (Seite 147): Streichung Klimaschutzfonds (AfD)

Da bitte ich auch gleich um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte Sie noch darüber informieren, dass in der 1. Veränderungsliste wir die jährliche Bezuschussung des Leihlokals wieder herausgenommen haben, weil sie seinerzeit nur einmalig eine solche Bezuschussung beschlossen haben. Das ist uns fälschlicherweise als verstetigten Zuschuss hineingeraten.

Ich darf ebenfalls auf der **Seite 147** über die 2. Veränderungsliste auf den Energieleitplan Kommunalen Wärmeplan nach § 7 d KSG hinweisen.

Wir haben jetzt 16:00 Uhr. Wir haben die halbe Stunde Nachmittagspause schon verschoben. Insofern unterbreche ich jetzt die Sitzung bis 16:30 Uhr. Dann machen wir bis 19:00 Uhr durch. Und dann machen wir Schluss.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:00 bis 16:32 Uhr)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir für 2021 im Ergebnishaushalt 7,26 Mio. Euro und im Investitionsbereich 3 Mio. Euro für Klimaschutzkonzept-Umsetzung vorgesehen hatten als ergänzende Mittel, dass wir Ihnen dazu im Oktober im Hauptausschuss eine Liste vorgelegt hatten mit der Zuordnung zu verschiedenen Projekten und Beiträgen und Ihnen angekündigt haben, dass wir dazu einen Sperrvermerk in den Haushalt einstellen. Nachdem jetzt die ganzen Projekte und Mittelverwendungen doch sehr konkretisiert sind, könnten wir eigentlich diesen Sperrvermerk komplett aufheben. Ich würde das morgen aber gerne noch einmal aufrufen, denn Sie sollten diese Liste auf dem Tisch liegen haben, damit Sie überhaupt wissen, was Sie beschließen. Das haben Sie heute nicht, wie wir gerade festgestellt haben. Insofern wundern Sie sich nicht, dass beim Thema Klimaschutzkonzept und Sperrvermerke morgen noch einmal ein Sonderpunkt auf Sie zukommt.

Jetzt machen wir erst einmal auf der **Seite 147** weiter.

Antrag 44 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Effizienteste und wirtschaftliche Maßnahmen des KSK vorrangig umsetzen (CDU)

Das ist am 17.11.2020 noch einmal in den Fachausschuss verwiesen worden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Thema gibt mir noch einmal Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die CDU-Fraktion mit einem differenzierten Antrag an die Verwaltung herangetragen hat, dass wir eine Methode anwenden sollten, mit der wir eine einfachere Priorisierung der verschiedenen in Frage kommenden Klimaschutzmaßnahmen vornehmen können.

Aber trotz allem, was in der zurückliegenden Diskussion gesagt wurde, muss auch noch einmal von unserer Fraktion aus klargestellt werden: Es gibt überhaupt keine Alternative zu

diesem Klimaschutzkonzept für eine Kommune wie Karlsruhe. Von daher sind die Einwendungen, die von AfD-Seite kommen, wirklich nicht zutreffend. Wir müssen schon tun, was wir für eine Kommune auch tun können. Wenn aber der Herr Dr. Cremer das Klagegedicht des Jeremia singt und sagt, wir würden sozusagen diesem Klimakonzept die Mittel nehmen, die Fonds streichen, dann wird völlig übersehen, was gerade eben der Herr Oberbürgermeister noch einmal wiederholend gesagt hat. In der Verwaltungsvorlage ist ein sehr exklusives Paket für ein Klimaschutzkonzept enthalten. Dieses Konzept unterstützt meine Fraktion uneingeschränkt. Die Botschaft muss doch sein, dass wir einen effektiven Klimaschutz machen wollen. Wir müssen langsam auf der linken Seite davon abkommen, emotionalen Klimaschutz zu betreiben. Es hilft nicht viel, sondern es muss das Richtige gemacht werden. Das steht hinter unserem Antrag.

Vergessen Sie als zweites nicht, wir müssen die Wirtschaft mitnehmen. Ich habe den Eindruck, sie ist schon gut unterwegs auf diesem Thema. Dieses müssen wir fördern.

Ein drittes ist, Corona und Klimaschutz sind eine Megaherausforderung. Nicht nur für unser Land, sondern auch für diese Stadt. Da müssen wir den Kopf oben behalten. Panik ist hier der schlechteste Ratgeber.

Ein viertes, das ist ganz wichtig. Jeder Euro muss wirken. Das ist der Hintergrund unseres Antrags, der noch im Fachausschuss erfreulicherweise vertieft werden wird, weil wir nämlich nicht alles gleichzeitig machen können. Das wird häufig übersehen. Sie glauben, dass wir zusammen mit Ihren heftigen Unterstützern hier alles gleichzeitig machen können. Das geht aber nicht. Wenn das nicht geht, müssen wir priorisieren. Wenn wir priorisieren müssen, brauchen wir vernünftige, objektive, wissenschaftliche Kriterien. Das ist der Hintergrund.

Bei allem, was wir jetzt machen, muss auch in unserer Stadtgesellschaft ein Zusammenhalt im Vordergrund stehen. Die Wirtschaft muss am Leben erhalten bleiben. Wir müssen nachhaltige Arbeit erhalten.

Sechstens, ein städtischer Haushalt muss deswegen mit Augenmaß aufgestellt sein. Wir können anders als der Bundesminister für Finanzen nicht einfach Kredite aufnehmen. Das übersehen Sie, weil Sie immer sagen, das und jenes muss sein. Sie werden auch durch alle Leute, die den Klimaschutz wirklich kennen, unterstützt. Aber wir brauchen eine Priorität, weil wir nicht alles machen können.

Die CDU steht hinter dem ehrgeizigen Klimaschutzplan, und zwar ohne Wenn und Aber. Die Verwaltung hat, wie schon gesagt, 19 Mio. Euro eingestellt plus Stellenschaffung. Und das Ganze wird für die nächsten 10 Jahre im Grunde mehr oder weniger festgeschrieben. Dagegen geht das links-grüne Bündnis und veranlasst jetzt Anträge in einer Größenordnung, die nicht mehr ernst zu nehmen ist. Wir haben einmal zusammengerechnet. Im Extremfall sind es 43 Mio. Euro, die wir in diesen Haushalt reinpacken sollen, einen Jahreshaushalt. Unglaublich, wie verantwortungslos wir mit unserem Haushalt umgehen. Ich füge hinzu, es sind neben den 43 Mio. Euro noch 26 zusätzliche Stellen über das Verwaltungskonzept hinaus. Also, blinder Eifer ersetzt wie immer die erforderliche Tatkraft nicht.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Ich möchte die Chance nutzen, den ersten Antrag im Bereich Klimaschutz, der nicht von der AfD kommt, als Startpunkt zu nehmen für unsere Grundsatz-

rede im Bereich Klimaschutz. Wir hatten schon die Grundsatzdebatte, wieso wir unbedingt auf kommunaler Ebene den Klimaschutz brauchen und wieso wir unser Klimaschutzkonzept hier vor Ort durchführen müssen. Herr Høyem, ich tue Ihnen gerne den Gefallen und sage ganz klar: Klimaveränderungen sind global. Aber wir alle kennen den Spruch: Think global, act local. Denn wo, wenn nicht in der Kommune, wo, wenn nicht in Karlsruhe, werden die Solaranlagen aufs Dach gepackt, die am Ende CO₂ einsparen? Wo werden die Windkraftanlagen gebaut? Wo werden Gebäude saniert? Das ist natürlich bei uns vor Ort. Deswegen müssen alle Programme auf der ganzen Welt auch lokal verankert sein, nämlich in den Kommunen. Darum gibt es auch gar keine Möglichkeit, dass wir uns dem Klimaschutz in Karlsruhe verweigern. Da haben wir einfach die Verantwortung. Dazu stehen wir auch.

Die Klimakrise wartet nicht. Die Klimakrise wird auch nicht aufgehalten von knappen Kassen. Wir haben jetzt aktuell schon knapp 20 Mio. Euro im Haushalt eingestellt. Das ist ein sehr wichtiger erster Schritt und zeigt auch eine klare Trendwende im Vergleich zu den Vorjahren, dass Klimaschutz in Karlsruhe ernstgenommen wird. Sind wir mit diesen 20 Mio. Euro zufrieden? Da ist die Antwort natürlich ein klares Nein. Denn wir wissen alle, es sind 40 – 50 Mio. Euro, die im Klimaschutzkonzept jedes Jahr in Zukunft anfallen werden. Deswegen auch an Herrn Pfannkuch noch einmal ganz klar: Ja, in diesem Jahr wird das vielleicht noch nicht zu leisten sein. Wir müssen umschichten. Wir müssen Schritt für Schritt Personal einstellen. Wir müssen die Prioritäten in der Verwaltung neu setzen. Das ist ein Prozess, der geht tatsächlich nicht von einem auf das andere Jahr. Aber im nächsten Jahr, im übernächsten Jahr und allen Jahren danach ist es ganz klar, dass wir uns in diesen Größenordnungen bewegen wollen und müssen. Da werden wir GRÜNE auch in den folgenden Jahren deutlich dran sein.

Was können wir in 2021 schon machen? Die Verwaltung hat uns an vielen Stellen dargestellt, wieso es nicht möglich ist, 40 – 50 Mio. Euro in diesem Jahr schon komplett umzusetzen. Wir halten es deswegen auch für seriöse Politik, dass wir deswegen keine Haushaltsanträge in dieser Größenordnung gestellt haben, weil wir GRÜNE immer nur dann Anträge stellen wollen, wenn wir das auch für realisierbar halten. Das ist für uns eine transparente und ehrliche Politik, nicht populistisch einfach alle Anfragen und Anträge zu stellen und zu sagen, Klimaneutralität übermorgen, wenn wir persönlich nicht sehen, wie wir es umsetzen können. Auch wenn das natürlich nach außen manchmal unbeliebt ist und uns ganz viele Debatten mit der Öffentlichkeit kostet, wo wir auch diese Politik rechtfertigen können. Aber für uns ist es der einzige Weg, glaubwürdig und transparent zu bleiben in dieser ganzen Klimaschutzdebatte.

Jetzt haben wir trotzdem einige Anträge gestellt, wo wir sagen, wir müssen in den kommenden Jahren schneller sein. Für uns ist die erste Priorität im Bereich Hochbau und Gebäudewirtschaft. Hier werden wir enorm viel Personal brauchen. Da müssen wir jetzt schon damit anfangen. Hier haben wir 5 Stellen beantragt.

Der nächste Punkt ist das Thema Photovoltaik. Wir haben riesige Potentiale in Karlsruhe. Uns war es wichtig zu sagen, wir würden gerne mit 2 Mio. Euro schneller vorne sein, als aktuell geplant ist. Hier hat uns die Verwaltung auch noch einmal auf die mangelnden Kapazitäten hingewiesen, aber uns zugesichert, wenn es irgendwie möglich ist, auch mehr Geld als jetzt eingestellt ist, zu verausgaben, wird die Verwaltung das umsetzen. Dementsprechend freuen wir uns über diese Antwort und hoffen, dass es auch tatsächlich möglich ist und sind dann hiermit auch zufrieden.

Weiterhin haben wir noch einen Projektfonds für städtische Gesellschaften im Bereich Klimaschutz beantragt in der Größenordnung von 500.000 Euro. Das richtet sich vor allem an die Stadtwerke, weil wir wissen, dass auch die städtischen Unternehmen sich dem Markt beugen müssen. Deswegen müssen alle Klimaschutzanstrengungen, die wir als Kommune wollen, natürlich auch von der Kommune finanziert werden. Wir wollen die Ladeinfrastruktur voranbringen und haben hier noch einmal 130.000 Euro im Bereich der E-Mobilität Infrastruktur gefordert und wollen das aufrechterhalten.

Ein wichtiger Punkt ist für uns, weil es im Hinblick von knappen Kassen ein wirksames Instrument ist, die LED-Umstellung von Straßenleuchten. Hier wollen wir 250.000 Euro mehr, weil LED-Umstellungen sich so dermaßen schnell lohnen. Schon nach drei bis fünf Jahren amortisieren sich diese Maßnahmen. Da sehen wir keinen Grund, wieso wir nicht schon deutlich schneller sein können und natürlich auch müssen.

Vielleicht noch zum CDU-Antrag. Das Thema Priorisierung hatten wir letztes Mal schon im Gemeinderat behandelt. Wir halten es für das völlig falsche Signal und den völlig falschen Schritt, jetzt nach der Wirtschaftlichkeit noch ein nächstes Kriterium einzuführen, nach dem wir unser Klimaschutzkonzept umsetzen. Wir wissen, alle Sachen, die wir im Klimaschutzkonzept jetzt schon umsetzen können, müssen wir einfach auch umsetzen, vor allem die langfristigen Maßnahmen, die sich über viele Jahre strecken. Die können wir nicht mehr aufschieben. Deswegen werden wir diesen Antrag natürlich ablehnen.

Stadtrat Huber (SPD): Geschlossenheit und Ehrlichkeit sind – das habe ich bei der Einführung des Klimaschutzkonzeptes im April schon gesagt - ganz wichtige Punkte, wenn es darum geht, erfolgreiche Klimapolitik in der Kommune zu machen. Geschlossenheit, hinter den Maßnahmen zu stehen und Ehrlichkeit bei dem, was wir uns derzeit erlauben können und was wir uns derzeit nicht erlauben können.

Ich möchte noch einen kleinen Schritt zurückmachen. Wir haben das Klimaschutzkonzept im April mit einer ganz großen Mehrheit verabschiedet. Es war ein großer Schritt. Ich weiß, dass sicherlich auch manche Fraktion etwas über ihren eigenen Schatten springen musste. Aber es ist sehr gut gewesen. Wir haben von der Verwaltung einen der Haushaltslage angemessenen Entwurf des Haushalts bekommen mit 20 Mio. Euro, die dem Klimaschutz zugutekommen. 10 neue Stellen, das ist schon ein ganz großer Anteil von dem, was in diesem Klimaschutzkonzept steht. Wir erleben hier eine Geschlossenheit. Da schließe ich alle Fraktionen, bis auf die AfD, ein, die geschlossen hinter diesem Entwurf stehen. Das muss man an der Stelle auch einmal sagen in aller Deutlichkeit, dass wir hier eine sehr große Mehrheit für diese Bemühung haben.

Jetzt hat unsere Fraktion natürlich auch noch ein paar Stellschrauben entdeckt, wo wir uns etwas mehr Druck wünschen würden, zum Beispiel im Bereich der Gebäudesanierung, wo wir jetzt noch einmal zwei Extrastellen gefordert haben, die vor allem für die Kleinmaßnahmen, die niedrig hängenden Früchte, sind, um die sich kümmern kann. Also kleinere Maßnahmen, die normalerweise vielleicht hinten herunterfallen, aber eigentlich schnell zu effizienten Ergebnissen führen können. Wir haben noch etwas Nachbesserungsbedarf beim Fußgänger- und Radverkehr gesehen und da jeweils noch Stellen gefordert. Wir können uns auch noch darauf einlassen, im Bereich Photovoltaik eine Stelle nachzubessern. Dann ist bei

uns aber auch der Punkt der Ehrlichkeit erreicht, wo man sagen muss, das ist das, was wir jetzt können in diesem Jahr und das ist das, was wir uns leisten können.

Zum Schluss möchte ich auch noch etwas zum CDU-Antrag sagen, den wir eigentlich schon ausgiebig diskutiert hatten in der letzten Gemeinderatssitzung. Zunächst noch einmal der Dank, dass Sie dieses Konzept und den Entwurf der Stadtverwaltung mittragen. Ich meine aber, wie meine Vorrednerin sagte, Priorisierung macht nur dann Sinn, wenn wir über lange Fristen diese Maßnahmen abarbeiten müssen. Was wir aber machen müssen, ist, sehr schnell zu handeln. Wir haben jetzt den Aufschlag gemacht, trotz schwieriger Kassenlage. Aber dieser Aufschlag verpflichtet uns, in den nächsten Jahren mindestens genauso engagiert nachzuziehen. Da bedarf es keiner Priorisierung, sondern es bedarf einer konsequenten Umsetzung aller Maßnahmen. Ich glaube, das muss klar sein.

Stadtrat Høyem (FDP): Danke, Herr Huber. Geschlossenheit und Ehrlichkeit, beide Worte sind sehr wichtig. Wir haben selbstverständlich dem Klimaschutzkonzept zugestimmt, ehrlich zugestimmt und geschlossen zugestimmt. Aber wir haben auch gesagt, die einzelnen Maßnahmen müssen wir, wenn sie Geld kosten, hier im Gemeinderat diskutieren. Ich habe verstanden, dass Helmut Schmidt, der ehemalige Bundeskanzler, eine Meinung zu Visionen hatte. Er hat gesagt, wenn man Visionen hat, sollte man zum Arzt gehen. Das sage ich nicht. Ich sage, eine Gefahr sehe ich in der Politik, wenn ein Thema sakrosankt wird, wenn ein Thema fundamentalistisch wird, wenn ein Thema nahezu religiös wird, wenn ein Thema so wird, dass überhaupt nicht möglich ist, das zu diskutieren. Dann sollte man nicht in den Gemeinderat, dann sollte man in die Kirche gehen.

Ich habe sehr oft den Eindruck, dass es nahezu gegen eine Heiligkeit ist, wenn man über Klimaschutz nuanciert diskutiert. Wir können die Welt nicht retten mit einem monotonen Monolog, der sakrosankt nur wiederholt Klimaschutz, Klimaschutz, Klimaschutz. Wenn dann ein anderer sagt, können wir bitte etwas pragmatischer diskutieren, damit wir Kompromisse finden, damit es rational ist, dann bekommt man eine Wand der Ablehnung. Das geht nicht. So ist Politik nicht. So ist vielleicht fundamentalistische Religion. Wir von der FDP wissen ganz genau, wie es ist, wenn andere Leute uns sagen, wir schreiben Klientelpolitik. Das wissen wir. Das haben wir seit 100 Jahren gehört in unserer Existenz. Ich denke, wenn man so sakrosankt über Klimapolitik diskutiert, dass man überhaupt nicht in den Dialog gehen kann, dann ist es Klientelpolitik. Das rettet nicht die Welt.

Ich denke deshalb, dass es mit Geschlossenheit aber auch mit Ehrlichkeit möglich sein muss zu sagen, wo bekommen wir die beste Valuta, die beste CO₂-Einsparung für unser Geld. Das ist doch nicht etwas Heiliges anzugreifen, wenn man so etwas pragmatisch sagt.

Wir unterstützen gerne den CDU-Antrag, weil wir denken, das ist ein Versuch zu sagen, wie können wir pragmatisch, praktisch mit Geld dieses unglaublich große – ich wiederhole das, weil man immer hört, dass wir anderen das nicht ernst nehmen - Thema für unsere Menschheit angehen. Es ist kein religiöses, fundamentalistisches oder sakrosanktes Thema. Das ist ein Thema, mit dem wir pragmatisch politisch, wie mit andere großen Themen - Hunger in Afrika, NATO, EU, Trump in Amerika –, umgehen sollten. Da gibt es wirklich große Themen in unserer Welt. Dies ist eines der sehr großen Themen, aber ein Thema, das wir im Dialog behandeln und diskutieren sollten, und nicht sakrosankt fundamentalistisch nur Monolog.

Stadtrat Schnell (AfD): Wow, Herr Pfannkuch. Vielen Dank für Ihren differenzierten Antrag. Um es mit Lorient zu sagen: Sagenhaft.

Denn wir hatten bereits in der Gemeinderatssitzung am 28. April den Änderungsantrag mit dem Titel „Auswahl der Klimaschutzmaßnahmen nach Nutzen-/Kostenbewertung“ gestellt. Der fand damals jedoch keine Zustimmung bei Ihnen. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie, wenn auch verspätet, jetzt auf diesen Zug springen. Nur, wir sind erkenntnistmäßig bereits weiter und ignorieren nicht die globalen Zusammenhänge und sonnen uns nicht im fahlen Schatten alternativer Fakten. Damit noch etwas zu den Malediven, Herr Dr. Mentrup. Falls die wirklich absaufen – das ist nicht meine Wortwahl -, dann völlig unabhängig davon, ob wir hier in Karlsruhe alle keine oder wenigstens effiziente Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg bringen. So viel Ehrlichkeit, Herr Huber, sollte schon sein. Dennoch werden wir dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir haben sehr gerne dem Klimaschutzkonzept zugestimmt. Wir bereuen es bis heute in keiner Weise. Meine Frage an die Fraktionen ist jetzt die: Wenn tatsächlich Klimaschutz unser höchstes Ziel ist momentan, dann müssten diese Haushaltsanträge anders aussehen. Ich sehe jetzt im Sozialbereich sehr viele Anträge, ich sehe im Kulturbereich sehr viele Anträge. Ich sehe überall viele Anträge. Wenn tatsächlich Klimaschutz das Megathema wäre, dann würde die Verteilung der Anträge anders aussehen. – Nur als kleine Randbemerkung.

Wir von der Fraktion Freie Wähler und FÜR Karlsruhe sehen ein gewisses Problem bei den vielen Anträgen. Es werden ganz viele Stellen geschaffen. Da habe ich Mühe. Wir tun so, als ob wir genau wüssten, welche Stelle wohin gehört und was dort geschehen muss. Aber die Verwaltung ist ein ganz komplexer Bereich. Wir tun so, wenn wir diese 16,5 Stellen einstellen, dann haben wir es richtig gemacht. Aber ob diese 16,5 Stellen tatsächlich den Unterschied machen, das wissen wir gar nicht, wenn die nicht effizient eingesetzt werden, wenn man nicht genau weiß, wie das zusammenarbeitet, wenn die nächste Abteilung dann einen Mangel hat, weil die jetzt zu viel machen. Da gibt es viele Abläufe, die stimmen müssen. So ein Konzept muss langfristig aufgebaut werden, Stück für Stück. Ich halte es für falsch, einfach gleich alles hineinzubuttern. Deswegen ist die Vorgehensweise der Verwaltung richtig. Es ist wie bei einem Auto, das anfährt. Man kann nicht gleich von 0 auf 100 in kürzester Zeit gehen. Man muss es systematisch aufbauen. Das ist ganz wesentlich. Der Mythos, wir haben ein Problem, es muss schnell gehen, wir stellen mehr Leute ein, stimmt nur sehr begrenzt. Die ganze Verwaltung muss klimafreundlich arbeiten. Das ist dieser Umbau des Ganzen. Das ist sehr viel wichtiger, als dass wir ständig neue Leute einstellen. Jetzt sollen wir über Stellen abstimmen. Weiß ich, ob die Stelle hier mehr bringt oder die Stelle dort? Wir bauen ständig auf und sagen, wer die meisten Stellen hat, hat am Meisten für das Klima getan. Dem kann ich nur schwer folgen.

Uns ist zum Beispiel wichtig, dass Photovoltaik vorankommt. Wir sind in Karlsruhe Schlusslicht im Vergleich zu anderen Städten. Wir sind ganz hinten dran. Da kann ich sagen, wir beauftragen die Verwaltung. Wir wollen nicht nur fürs Ranking besser sein. Wir wollen soundso viel Prozent mehr Strom erzeugen durch Photovoltaikanlagen.

Uns ist das Fuß- und Radverkehrsnetz wichtig. Jetzt werden schon Stellen beantragt, aber gleichzeitig machen wir einen 30-Punkte-Plan. Wir wissen gar nicht genau, was da drinsteht,

vielleicht ansatzweise, aber es ist nicht verabschiedet worden. Es macht doch Sinn, einen Plan zu verabschieden, und dann zu überlegen, wie können wir den umsetzen. Beauftragen wir die Stadtverwaltung: Setzt uns den 30-Punkte-Plan um. So tue ich mich in gewisser Weise schwer mit dieser ganzen Anzahl von Anträgen. Ich kann sagen, wir sind vom Forst, wir wollen, dass der Forst gestärkt wird, dass die Aufforstung besser gelingt und was auch immer. Aber wenn wir einfach nur Stellen schaffen, kann ich dem schwer folgen. Deswegen ist unser Begehren, dass diese Themen nachhaltig und mit großer Intensität angegangen werden, und dass uns dann die Verwaltung sagt, was sie dafür braucht.

Jetzt hat die Verwaltung uns einen Vorschlag gemacht. Dem trauen wir anscheinend nicht und setzen eines drauf. Ich behaupte, Maßnahmen, die nicht abgestimmt sind und nicht hineinpassen, bewirken oft das Gegenteil von dem, was man möchte. Deswegen: Wir sind für das ganze Konzept, was da kommt. Wir sind dabei. Aber diese Stellenschafferei kann ich überhaupt nicht leiden.

Wir werden deswegen mit Nein stimmen, beauftragen aber die Verwaltung, mit aller Kraft dranzubleiben und uns Vorschläge zu machen. Wenn wir in dieser Zeit mehr tun können, dann sind wir dabei. Aber das möchte ich hören, ob es auch in das ganze Konzept passt.

Der Vorsitzende: Wir könnten dann einmal in ein paar Anträge einsteigen. Wir sind mit dem CDU-Antrag gestartet, der eigentlich in den Fachausschuss verwiesen wurde Mitte November. Wir haben ihn jetzt trotzdem hier aufgerufen, weil er natürlich eine Art mentale Klammer ist, und würden es aber weiter im Fachausschuss diskutieren.

Antrag 45 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – mehr Ressourcen einstellen, Stellenschaffung 16,5 VZW (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 45 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – mehr Ressourcen einstellen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Als wir im April verabschiedet haben als Gemeinderat, dass wir bis 2050 klimaneutral werden wollen, stand die kritische Umweltbewegung schon damals vor den Toren dieser Halle. Sie haben zurecht als Hilferuf darauf hingewiesen, dass die globale Entwicklung eigentlich erfordern würde, dass wir als Stadt Karlsruhe bis 2035 klimaneutral werden. Wir haben das damals beantragt. Es wurde von diesem Gremium abgelehnt. Wir haben in den Wochen danach zur Kenntnis genommen, wie sich gerade GRÜNE und SPD sehr groß gefeiert haben für dieses Klimaschutzkonzept, was ein wichtiger Schritt ist, wo aber natürlich noch weitere Maßnahmen folgen müssen. Wir haben es auch zur Kenntnis genommen, dass danach speziell die GRÜNE bei jedem Ausschuss gesagt haben, Klimaschutz ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtleistung. Klimaschutz darf nicht abhängig gemacht werden von der städtischen Finanzlage usw. Wir haben es auch zur Kenntnis genommen, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, uns in den letzten Wochen sehr charmant von den Wahlplakaten angelächelt haben mit dem Motto: Konsequenter Klimaschutz in dieser Stadt umsetzen.

Jetzt sind wir wieder an den Punkt gelangt, wo wieder die Umweltbewegung vor den Türen steht und genau das kritisiert, was wir jetzt auch kritisieren. Aus dem großen Klimaschutzpaket ist vielleicht ein kleines Klimaschutzpaketchen geworden. Das ist ungefähr so, als wenn mein Chef mir eine Prämie verspricht und ich als Dank für meine Arbeit ein kleines Handtuch

bekomme. Denn wir müssen feststellen, dass genau diese Versprechungen, die gemacht wurden und genau diese Kritik, die wir damals hatten, dass es nämlich darauf ankommt, im Haushalt dieses Klimaschutzkonzept zu realisieren, in genau diesem Umfang jetzt nicht passiert sind. Wir sind weit davon entfernt, die Stellen, die wir damals beschrieben haben, in diesem Haushalt zu machen. Daran ändern auch nicht die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNE etwas.

Wir sind in der Situation, dass wir im ersten Jahr weitaus weniger investieren, als wir investieren sollten, um unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden. Da müssen wir sagen, wir müssen wieder darauf verweisen, was die Umweltbewegung sagt. Es ist mehr notwendig. Wenn jetzt gesagt wird, es sei nicht mehr möglich angesichts der städtischen Finanzlage, erinnere ich daran, was Sie heute Morgen gemacht haben. Wir haben heute Morgen beispielsweise die Erhöhung der Vergnügungssteuer abgelehnt, die 700.000 Euro Mehreinnahmen gebracht hätte. Dafür hätten wir problemlos ungefähr 7 Personalstellen finanzieren können für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Da müssen wir leider feststellen, GRÜNEN und SPD waren an der Stelle die Interessen und Anliegen von Glücksspielautomaten-Inhabern wichtiger als das Thema Klimaschutz. Das kritisieren wir heute.

Trotzdem bleiben wir weiterhin dabei und finden es gut, wenn wir heute einen Schritt über die Verwaltungsvorlage hinaus gehen in Richtung Klimaschutzkonzept. Aber es bleibt dabei: Im nächsten Doppelhaushalt müssen wir entscheiden, die Bremsklötze lösen. Wir müssen nach vorne gehen. Wir müssen die Themen angehen, sei es die autofreie Innenstadt, sei es der PV-Ausbau, und zwar mit allen finanziellen Mitteln. Dann muss man so ehrlich sein – da hat die Stadtkämmerei Recht, das wird nicht ohne zusätzliche Einnahmen gehen – und sagen, was wollen wir haben: Klimaschutz, dann müssen wir die Steuereinnahmen erhöhen. Oder wenn wir sagen, wir wollen sie nicht erhöhen, dann können wir das Klimaschutzkonzept nicht finanzieren. Man kann nicht beides haben. Das ist unsere Verantwortung. Deshalb beantragen wir trotzdem heute, dass wir das Klimaschutzkonzept fast vollständig finanzieren und nicht von diesem Weg abgehen, das bis 2050 klimaneutral zu machen.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Lieber Herr Bimmele von den LINKE. Tatsächlich greife ich lieber die Menschen an, die zu wenig Klimaschutz fordern, als die, die zu viel Klimaschutz fordern. Aber bei dieser Masse an populistischen Anträgen will ich jetzt doch ein paar Worte verlieren, weil es einfach schwierig ist, das so hinzunehmen, weil bei ganz vielen Ihrer Anträge das Konzept fehlt. Manche sind inhaltlich nicht einmal korrekt. Zum Beispiel fordern Sie bei der KEK Personal für die Kontrolle energetischer Standards, wo die KEK gar nicht dafür zuständig ist und gar keine Ingenieursleistungen umsetzt. Da müssen dann einfach Anträge mit mehr Substanz her, die sagen, wo kommt es her, wo in der Verwaltung schaffen wir die Stellen tatsächlich, wo können wir umschichten. Es sind nun einmal Prozesse, die schafft man nicht innerhalb von einer Woche. Da braucht man ein richtiges Konzept dahinter, wenn man will, dass es nachhaltig etwas bringt.

Deswegen brauchen wir einfach noch etwas Zeit, um uns einzupendeln, um dann gestärkt für die nächsten Jahre ordentlich vorzugehen. Jetzt einfach ganz viel zu fordern, ohne ein Konzept dahinter zu haben, bringt uns überhaupt nicht weiter. Deswegen, wie gesagt: können wir Ihre Anträge an der Stelle einfach nicht mitgehen.

Stadtrat Maier (CDU): Es fällt mir jetzt schwer, der Kollegin Mayer – meiner Namensvetterin – ein Stück weit Positives abzurufen an ihrem Redebeitrag, zeigt er mir doch deutlich – ich finde, sie hat total Recht, das gebe ich auch gerne zu, wenn es so ist -, was die LINKE. fordern, hat keine Hand und keinen Fuß. Wir müssen das mit einem Konzept machen. Da bin ich Ihnen, Frau Mayer, sehr dankbar. Denn genau dieses Konzept haben wir einen Antrag vorher gefordert, dass wir unser Konzept auf solide Füße stellen, was abarbeitbar, was leistbar, was schuldbar und was schnell machbar ist. So habe ich Sie jetzt verstanden. Sie wollen solide wirtschaften mit den Stellen. Das wollen wir auch. Bei den 10 Stellen, die da sind, gehen wir davon aus, dass sie in der Verwaltung sinnhaftig eingesetzt werden. Genau deswegen, damit diese 10 Personen die Sachen gut abarbeiten können, müssen die auch wissen, wo sie sitzen und für was sie das abarbeiten. Genau deswegen gehen unsere Anträge in Richtung Priorisierung und die effizientesten Maßnahmen. Von daher wünschen wir dies nach wie vor.

Stadtrat Huber (SPD): Herr Kollege Bimmerle, Sie sind ein kluger Mensch. Das meine ich ganz ernst. Ich glaube, das weiß jeder in dem Raum. Da werden mir wahrscheinlich nicht viele Menschen widersprechen. Ich bin mir sicher, dass Sie den Unterschied zwischen Politik und Aktivismus gut verstehen. Sie wissen, was die Aufgabe des Aktivismus ist. Er erfüllt die sehr wichtige Aufgabe auf der Straße für Menschen, die Dinge fordern, lautstark und zwar ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie ihre Forderungen umsetzbar sind. Es ist nicht die Aufgabe des Aktivismus, sich mit solch komplexen Fragen zu beschäftigen. Das ist die Aufgabe der Politik. Wir, die wir alle hier sitzen, sind alle Politikerinnen und Politiker. Wir müssen das große Ganze im Auge behalten. Wir müssen die Mechanismen dahinter verstehen. Wir müssen kapieren, was möglich ist und was nicht möglich ist und was es bedeutet, Dinge möglich zu machen und was dann auf der anderen Seite vielleicht herunterfällt.

Wenn ich die Anträge der LINKE. und bedauerlicherweise auch von der KAL an der Stelle sehe, zieht sich das durch das ganze Programm. Wir sehen es nicht nur beim Klimaschutz. Sie haben im Prinzip jedes Vorgespräch genutzt, Sie waren alle bei uns in den Fraktionen, und haben jeden Wunsch, der gekommen ist, umgesetzt und hier eingebracht. Das ist ein Stück weit unehrlich. Alle Aktivistinnen erfüllen ihre Aufgabe. Auch Fridays for future erfüllt eine wichtige Aufgabe. Aber es gehört auch Ehrlichkeit zur Debatte dazu. Ich würde den Begriff des Populismus vielleicht jetzt nicht benutzen. Ich glaube, viele Ihrer Anträge sind eigentlich gut gemeint. Aber wenn Sie sich hier ganz allein auf weiter Flur zwischen all den Politikerinnen und Politikern befinden, dann müssen Sie sich fragen, ob Sie Ihre Aufgabe richtig erfüllen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielen Dank, Herr Bimmerle, für Ihre Ehrlichkeit. Besser hätte man es nicht sagen können. Frau Mayer und Herrn Huber möchte ich jetzt sagen, so, wie es Ihnen geht, geht es uns auch. Nur dass wir noch auf den Rest der Welt schauen, was dort passiert, und dass wir die Aktivitäten, die hier im Gemeinderat entfaltet werden, damit vergleichen, was anderswo, in China beispielsweise, passiert. Dann kommt man zu einer ganz anderen Einschätzung der Lage.

Jetzt hätte ich gerne von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gewusst, wie es sein kann, dass ein Haushaltsantrag in den Fachausschuss verwiesen wird. Ich hätte gerne über den Antrag der CDU abgestimmt. Wenn es möglich ist, diesen Antrag zu verweisen, dann hätte ich eine gan-

ze Reihe anderer Anträge, die ich auch gerne in den Fachausschuss verwiesen haben möchte. Deswegen: Bitte klären Sie mich auf.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich möchte nicht in die Welt schauen. Ich möchte es etwas sportlich betrachten. Denn meine Vorredner, Herr Huber, Frau Mayer und Herr Maier, haben grundsätzlich genau das angesprochen, was auch mein Kollege Kalmbach sagte. Es geht um die Konzeption. Und das Ganze muss passen. Wer schon einmal mit Pfeil und Bogen geschossen hat, weiß, wer den Bogen überspannt, der bricht ihn. Deshalb müssen wir wie bei einem Bogenschießen die richtige Spannung, das richtige Ziel haben, und dürfen nicht zu weit spannen. Herr Bimmerle will vielleicht das Gute. Aber beim Überspannen reißt der Bogen und wir verfehlen das Ziel.

Die Konzeptionalität, die mein Kollege Kalmbach angesprochen hat, ist hier wichtig. Deshalb hat er auch schon angedeutet, wir als Freie Wähler|FÜR Karlsruhe werden Anträge, bei denen wir nicht erkennen können, dass sie ins Konzept passen und den Klimaschutz weitertragen und uns nur Kosten verursachen, ablehnen.

Noch zum Thema der CDU. Sie haben es natürlich richtig gemacht. Das entspricht dem Ganzen. Ich verstehe jetzt die Frage vom Kollegen Dr. Schmidt nicht. Denn es ist eine Sache der CDU, wie man mit dem Antrag umgeht.

Der Vorsitzende: Ich bin gefragt worden. Wir hatten am 17.11. diesen Antrag aus dem Gemeinderat in den Fachausschuss verwiesen. Ich gebe zu, dadurch, dass er hier auf der Tagesordnung auftaucht, dachte ich, es sei im Fachausschuss schon beraten. Jetzt habe ich aus den Wortmeldungen entnommen, dass es nicht beraten wurde und habe deswegen den implementierten Wunsch wahrgenommen, es noch einmal im Fachausschuss zu behandeln. So bin ich jetzt damit umgegangen. Insofern ist es ein Irrtum gewesen, dass wir es heute überhaupt diskutiert haben. Auf der anderen Seite passt es aber in diese Debatte hinein. Haushaltswirksam ist er nur dann, wenn man auf der Begründung dieses Antrags bestimmte Anträge anderer ablehnt oder eigene Anträge einbringt. So habe ich das verstanden.

Bürgermeisterin Lisbach: Ich möchte darauf hinweisen, der Antrag wurde zwischenzeitlich im Umweltausschuss beraten. Ich habe von dort nicht mitgenommen, dass noch einmal der Wunsch war, ihn hier in den Gemeinderat zu bringen. Aber wir können ihn hier natürlich noch einmal beraten. Die Beratung im Ausschuss hat stattgefunden.

Der Vorsitzende: Das ist okay. Das hatte ich den Beiträgen der CDU nicht entnommen. Dann stimmen wir den jetzt ab. Dann haben wir ihn damit im Grunde erledigt.

Dann steigen wir in die Abstimmung ein. Ich rufe Ordnungsziffer 44 auf, den CDU-Antrag Effizienteste und wirtschaftlichste Maßnahmen des KSK vorrangig umsetzen. – **Mehrheitlich abgelehnt.**

Wir kommen damit zu den Anträgen der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich wollte noch einmal zwei, drei Antworten auf die Kollegen geben. Frau Mayer, wenn Sie Vorwürfe tätigen, ähnlich, wie es die Kollegin Ernemann heute Morgen getan hat, dann sollten Sie die Anträge richtig gelesen haben. Der Vorwurf,

dass wir sie falsch beantragt haben oder die KEK mit energetischer Sanierung gemixt haben, ist einfach nicht der Wahrheit entsprechend und steht auch nicht in den Anträgen. – Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Wir haben alle Stellen beantragt, die genau so damals in dem Exel-Dokument der Verwaltung vorgelegt wurden. Das kann man jetzt richtig finden oder falsch. Vielleicht fehlt an manchen Stellen noch die Konzeption. Wir haben uns aber genau auf diese Liste berufen.

Herr Huber, noch einmal zu Ihnen: Ehrlichkeit ist sehr wichtig im politischen Diskurs. Da gebe ich Ihnen Recht. Aber dann sollten Sie ehrlich sein und den Wählerinnen und Wählern erklären, dass Sie nicht bereit waren, die Gewerbesteuer, die Vergnügungssteuer, die Grundsteuer usw. zu erhöhen, und deshalb etwa 20 Mio. Euro Mehreinnahmen nicht möglich waren. Das wären 20 Mio. Euro Mehreinnahmen gewesen, die ausgereicht hätten, um von 20 Mio. Euro im Klimaschutzkonzept auf 40 Mio. Euro zu kommen. Ganz konkret Mehreinnahmen, die man verwenden könnte. Das ist eine klare politische Entscheidung. Das kann man machen. Aber man sollte dann nicht sagen, es sei kein Geld da. Es wurde nur anders verteilt. Das gehört zum ehrlichen politischen Diskurs auch dazu.

Der Vorsitzende: Wir setzen die Abstimmung fort. Ich rufe Ordnungsziffer 45 und 45 a auf von KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. Da geht es einmal um 16,5 Stellen und einmal um zusätzliche Ressourcen. Das können wir zusammen abstimmen lassen. – **Abgelehnt**

Antrag 46 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Klimaschutzgerechte Bauleitplanung – Personalstellen sicherstellen, Stellenschaffung Stadtplanungsamt 1 VZW (DIE LINKE.)

Antrag 46 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Klimaschutzgerechte Bauleitplanung – Personalstellen sicherstellen, Stellenschaffung ZJD 1,5 VZW (DIE LINKE.)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich will auch gleich zum nächsten Punkt mitsprechen. Es geht darum, dass eine zusätzliche Stelle bei der Bauleitplanung im Stadtplanungsamt geschaffen werden soll. Da ist unsere Information, dass das schon passiert ist, dass das erledigt ist.

Dann geht es um Beschleunigung Stellenschaffung im Tiefbauamt. Das ist grenzwertig. Das sagen wir im Moment noch nicht, aber wir können uns gut vorstellen, beim nächsten Mal dann doch.

Eine Stelle beim ÖPNV beschleunigen. Dass der ÖPNV beschleunigt werden muss, ist für uns überhaupt keine Frage. Da haben wir auch vor knapp zwei Jahren einen Antrag dazu gestellt, der nur im Gemeinderat nicht so die Unterstützung erfahren hat, dass dann wirklich etwas passiert ist. Insofern ist die Steuerung des Personals nicht ganz richtig. Die Vorgaben lauten, dass der übrige Verkehr möglichst nicht gestört werden soll durch den öffentlichen Verkehr. Das ist schwer unter einen Hut zu bringen. Das Ziel müsste ein anderes sein. Wir glauben nicht, dass es am mangelnden Personal fehlt. Sehr wohl können wir uns aber vorstellen, dass zusätzliches Geld hilft bei dieser Sache. Deshalb stimmen wir den zusätzlichen 200.000 Euro zu.

Der Vorsitzende: Vielen Dank noch einmal für den Hinweis. Sie haben Recht, im Stadtplanungsamt ist eine Stelle zusätzlich im Verwaltungsvorschlag enthalten. Insofern hat sich dieser eine Punkte, das ist dann Antrag Nr. 46 **erledigt**.

Jetzt kommen die 1,5 Stellen beim ZJD, Antrag Nr. 46 a. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung. – **Abgelehnt.**

Antrag 47 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausbau des ÖPNV beschleunigen, Stellenschaffung Tiefbauamt 1 VZW (DIE LINKE.)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 47 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausbau des ÖPNV beschleunigen (DIE LINKE.)

Ich bitte um das Votum. – Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 48 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ziel klimaneutrale Verwaltung: 2040, Stellenschaffung HGW 5 VZW

Antrag 49 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Verbesserung Klimaschutz (und Corona-vorsorge durch besseres Lüften an den Schulen), Stellenschaffung HGW 2 VZW

(Zurufe)

- Einzelnen abstimmen? – Können wir gerne machen.

Eine Vollzeitstelle Photovoltaik-Strategie. – Da gibt es eine **Mehrheit.**

Wie gesagt, wir haben bei den ganzen Stellen, die Sie jetzt schaffen, noch das mit dem Sperrvermerk und der Stellenliste. Das hatte ich angekündigt.

Wir kommen dann zur einen Vollzeitstelle Kleinere Sanierungs- und Effizienzvorhaben. Da hat die SPD den weitergehenden Antrag mit zwei Stellen. Dann würde ich erst einmal den SPD-Antrag aufrufen. Das ist die Ordnungsziffer 49: Zwei Vollzeitstellen für kleinere Sanierungen. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Auch das ist eine **Mehrheit.** Dann hat sich die eine Stelle beim GRÜNE-Antrag inkludiert.

Jetzt kommen noch die drei Stellen des GRÜNE-Antrags Energieeffiziente Planung und Sanierung städtischer Gebäude. – Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 50 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Mittel für kommunales Klimaschutzförderprogramm erhöhen (DIE LINKE.)

Das können wir gleich abstimmen. – **Abgelehnt**

Antrag 51 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Erhöhung Mittel für Unterstützung Klimaschutzprojekte städtischer Gesellschaften (GRÜNE)

Ich habe jetzt nur einmalig 500.000 Euro drinstehen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der ist auch als dauerhaft gedacht. Die Frage ist allerdings beim Antrag 50 zuvor, ob man den hätte abstimmen müssen, oder ob der nicht mit der Vorlage, die wir schon erhalten haben, eigentlich erledigt war.

Der Vorsitzende: Den haben Sie jetzt abgelehnt. Insofern ist es egal.

Sie würden die 500.000 Euro verstetigt sehen. Also Antrag Nr. 51 mit jährlich 500.000 Euro. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 52 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Externe Ermittlung – Reale Kosten des Verkehrs (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Den Antrag ziehen wir zurück.

Antrag 53 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Externe Vergabe – Machbarkeitsstudie Weiterentwicklung der Mobilität in Karlsruhe (DIE LINKE.)

Den stimmen wir dann ab. – Das ist auch eine **Ablehnung**.

Antrag 54 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Externe Vergabe – Machbarkeitsstudie Personalaufkommen ÖPNV Karlsruhe bis 2030 (DIE LINKE.)

Das können wir auch abstimmen. – Das ist auch eine **Ablehnung**.

**Antrag 55 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs umsetzen/IQ Leitprojekt ÖRMI
Lfd. Nr. 18 Liste Finanzierungsvorbehalt: Nicht offenes Verfahren mit Teilnahmewettbewerb, IQ Leitprojekt „Öffentlicher Raum und Mobilität – Innenstadt Karlsruhe“ ÖRMI (Vorlage 2019/1280)**

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das ist **erledigt** aus unserer Sicht über die 1. Veränderungsliste.

Der Vorsitzende: Sie haben eine Stelle beantragt. Wo ist denn das?

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das war nur auf ÖRMI bezogen. Die Stellenschaffung ist darüber noch nicht abgedeckt.

Der Vorsitzende: Das ist auch in dem Nr. 55 drin? Oder wo haben Sie die Stelle drin? Das kommt erst noch bei Nr. 55 a.

Antrag 55 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs umsetzen/IQ Leitprojekt ÖRMI, Stellenschaffung TBA 1 VZW (DIE LINKE.)

Das würde ich jetzt zur Abstimmung stellen. – **Abgelehnt**

Antrag 55 b (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs umsetzen/IQ Leitprojekt ÖRMI (DIE LINKE.)

Das hatte sich **erledigt** über Mittel.

Ich darf darauf hinweisen, dass in der 1. Veränderungsliste die entsprechenden Mittel für das ÖRMI-Projekt eingestellt waren. Damit hat sich auch die eine Beschlussvorlage, die Sie aus dem Anfang des Jahres hatten, erledigt.

Antrag 56 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Stellenschaffung LA 1 VZW (DIE LINKE.)
Antrag 56 a (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Stellenschaffung BOA 1 VZW (DIE LINKE.)

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir die nach und nach abstimmen.

1 Stelle Liegenschaftsamt. Da bitte ich um das Votum. – **Abgelehnt.**

1 Stelle Bauordnungsamt, da ist Ordnungsziffer 56 a. Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch **Ablehnung.**

Antrag 57 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Personal- und Sachkosten KEK (DIE LINKE.)

Antrag 57 a (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Ausreichendes Personal zur Kontrolle und Vollzug energetischer Standards sicherstellen, Ersteinrichtung KEK (DIE LINKE.)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir eigentlich aus unserer Sicht die KEK ausreichend ausgestattet haben mit unserem Vorschlag.

Kann ich über diese Anträge zusammen abstimmen lassen?

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Das können wir sogar als **erledigt** betrachten aus unserer Sicht.

Antrag 58 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Projektfonds für städtisches Gesellschaften, Verbesserung Ladeinfrastruktur E-Fahrzeuge (GRÜNE)

Da geht es um einmalig 130.000 Euro. Über den Antrag lasse ich jetzt abstimmen. – Das ist eine **Ablehnung.**

Antrag 59 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Straßenbeleuchtung: Umrüstung auf LED (GRÜNE)

Auch darüber können wir abstimmen. – Das ist ebenfalls **abgelehnt.**

Antrag 60 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Photovoltaik (DIE LINKE.)

Antrag 61 (Seite 152): Klimaschutzkonzept 2030 – Photovoltaik (GRÜNE)

- Ist erledigt.

Antrag 62 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Fahrradverleihsystem kvv.nextbike aufstocken (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 63 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Fahrradverleihsystem kvv.nextbike aufstocken (SPD)

Antrag 64 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Fahrradverleihsystem kvv.nextbike aufstocken

Lfd. Nr. 17 Liste Finanzierungsvorbehalt: Vertragsverlängerung und Aufstockung der Räderanzahl des Fahrradverleihsystems KVV.nextbike (Vorlage 2020/0705)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir waren davon ausgegangen, dass 50.000 Euro von der Verwaltung eingestellt worden wären für das nextbike. Daraufhin haben wir unseren Antrag nur über 57.000 Euro gestellt. Inzwischen haben wir gehört, dass diese 50.000 Euro für Lastenräder sind, also nicht für die normalen Fahrräder. Deshalb schließen wir uns den anderen an, die 107.000 Euro eingestellt haben, da wir genau dasselbe gemeint haben. Das war bei uns auch als Dauerzahlung gemeint.

Der Vorsitzende: Dann kann ich alle Anträge zusammenfassen. Die SPD wird auch nichts gegen 107.000 Euro haben.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir hatten das schon einmal im Gemeinderat. Man darf einfach nicht vergessen, dass dieses nextbike ein Subventionsloch ohne Ende ist. Wir subventionieren jeden Kilometer, den so ein nextbike fährt, mit mehr Geld, als Stadtmobil für die Nutzung ihrer Kraftfahrzeuge verlangt. Das ist ein absoluter Irrsinn, das zu tun. Außerdem zieht es Leute aus dem ÖPNV heraus. Wir haben außerdem noch die E-Roller, die ein marktwirtschaftliches Angebot der Mobilität in Karlsruhe darstellen. Wir brauchen das nicht.

Stadtrat Maier (CDU): Das nextbike ist durchaus eine absolut gute Initiative und Sache und in Verbindung mit dem KVV durchaus wünschenswert. Wir gehen aber von der aktuellen Versorgung aus. Die ist gut. Alles, was jetzt aufgestockt werden würde, würde wieder eine Erhöhung der Grundversorgung bedeuten. Das können wir nicht mitgehen. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich darf noch ergänzen, dass wir die Aufstockung der nextbike-Flotte durchaus als wichtige und richtige Investition ansehen und damit einen weiteren Baustein zu mehr klimafreundlicher Mobilität.

Bei uns ist es tatsächlich nur ein kleiner Tippfehler gewesen. Natürlich wollen wir die ursprüngliche Summe der Beschlussvorlage der Verwaltung unter Finanzierungsvorbehalt. Wir wünschen uns eine Weiterentwicklung dieses Erfolgsmodells.

Der Vorsitzende: Damit ist es auch ein jährlicher Aufwand. So steht es auch in der Vorlage.

Dann rufe ich die Anträge Nrn. 62 bis 64 gemeinsam auf. Wir reden über 107.000 Euro im Jahr. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**. Damit hat sich die Vorlage im Grunde auch erledigt.

Antrag 65 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellen-schaffung Stadtplanungsamt: 1 VZW Verkehrsanlagenplanung Rad- und Fußverkehr (GRÜ-NE, SPD)

Antrag 67 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellen-schaffungen Stadtplanungsamt: 2 VZW Verkehrsanlagenplanung Rad- und Fußverkehr (DIE LINKE.)

Antrag 68 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellen-schaffung Stadtplanungsamt: 1 VZW Fußverkehrsbeauftragte*r (DIE LINKE.)

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir haben vorhin darüber gesprochen, wo denn jetzt Stellen sinn-voll seien. Wir sehen gerade in Bezug auf das Klimaschutzkonzept deutlich Kapazitäten und Bedarf im Bereich der Mobilität. Denn wir haben zum Beispiel ein Radverkehrskonzept von 2005, das nach 15 Jahren immer noch nicht umgesetzt ist. Da scheitert es eben an Personal-kapazität und dann auch wiederum an den Sachmitteln. Deswegen haben wir die auch an anderen Stellen im Haushalt beantragt. Das ist für mich genau das, worauf Herr Kalmbach vorhin eingegangen ist. Wir wissen, dass wir genau diese Stellen brauchen. Diese Antwort bekommen wir regelmäßig von der Verwaltung, sei es auch bei der Umplanung von Fahr-radstraßen auf den BW-Standard. Genau deswegen wollen wir in der Planung beim Stadt-planungsamt eine zusätzliche Stelle für die aktive Mobilität für Rad- und Fußverkehr, und das Ganze dann natürlich komplettiert in der Umsetzung in der Ziffer 66 beim Tiefbauamt.

Stadtrat Zeh (SPD): Lieber Kollege Kalmbach, das 20-Punkte-Programm war 2005 sehr er-folgreich. Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass wir jetzt unser Beitragsverfahren schon abgeschlossen haben, zumindest in der internen Diskussion, wenn auch noch nicht im Ge-meinderat. Aber corona-bedingt ist es etwas verschoben. Wenn wir jetzt nicht die Stellen dafür beantragen, um solche Sachen umzusetzen, müssen wir wieder zwei Jahre warten bis zum nächsten Doppelhaushalt. Deshalb gibt es auch diesen Antrag. Ich rede für die Anträge Nrn. 65 bis 72, die alle etwas mit dem Fuß- und Radwegeverkehr und der Erneuerung, die wir jetzt für die aktive Mobilität machen, zu tun haben. Daher halten wir, genau wie die GRÜNE, die eine Stelle im Stadtplanungsamt und eine Stelle im Tiefbauamt für notwendig. Die Verwaltung hat im Rahmen der Hauptausschusssitzung am 13. Oktober beispielsweise für Radabstellanlage 100.000 Euro zusätzlich eingestellt. Daher ist der Antrag der LINKE. eigentlich erledigt, 500.000 Euro für die Radrouten einzustellen. Die Sachmittel sind vorhan-den, insbesondere, da man weiß, dass gegenseitige Deckungsfähigkeit vorhanden ist. Aber natürlich, die Planungsstellen für Stadtplanungsamt und Tiefbauamt sind trotzdem notwen-dig, damit die Maßnahmen angegangen werden können.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich freue mich sehr, dass GRÜNE und SPD genau wie wir heu-te diese Planungsstellen voranbringen. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil für diese Mobi-litätswende. Ich finde, als nationaler Vorreiter für Fahrradstädte können wir es uns auch nicht leisten, beim Radnetz-BW-Ausbau die Ziele zu verfehlen. Da ist es ganz richtig und su-perwichtig, dass wir, sobald das Beitrittsverfahren fertig ist, auch sofort loslegen können, gerade auch in Bezug auf die Fußverkehrsplanung.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich sagte zuvor, wir mögen es nicht, Personalstellen zu schaf-fen. Aber an der Stelle ist tatsächlich der Mangel da und dieser Engpass. Es ist notwendig zur schnellen Entwicklung des Bypasses. Deswegen stimmen wir gerne zu.

Der Vorsitzende: Ich würde ganz gerne die Anträge Nrn. 65 bis 68 gemeinsam abarbeiten. DIE LINKE. beantragen insgesamt 3 Stellen im Bereich des Stadtplanungsamtes, nämlich einmal mit der Ordnungsziffer 67 eine Stelle für Radwege, eine für Fußwege und dann gibt noch einen Fußverkehrsbeauftragten. Habe ich das richtig verstanden.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir würden unsere Anträge **zurückziehen**. Ich glaube wir können direkt über den SPD- und GRÜNE-Antrag abstimmen, über die zwei Stellenschaffungen. Das passt von unserer Seite so.

Der Vorsitzende: Dann bleibt ein Antrag der GRÜNE und SPD übrig, auf eine zusätzliche Stelle im Stadtplanungsamt. Tiefbauamt mache ich separat, weil ich Sie dann darauf hinweisen, dass das schon im Stellenplan der Stadt ist. Insofern bräuchten wir das aus meiner Sicht nicht. Aber das können wir klären.

Jetzt geht es um die eine Stelle im Stadtplanungsamt. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 66 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Stellenschaffung Tiefbauamt 1 VZW Verkehrsanlagenplanung Rad- und Fußverkehr (GRÜNE, SPD)

Das ist die eine Stelle beim Tiefbauamt. Die haben wir bereits in unserem Stellenplan mit drin. Insofern hat es sich aus unserer Sicht erledigt.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Aus unserer Sicht hat es sich nicht erledigt. Wir haben zum Beispiel die Stelle für das ÖRMI vorhin noch nicht eingestellt, die genau in diesen Bereich geht. Wir sehen durchaus entsprechend Mehrbedarf.

Der Vorsitzende: Also eine weitere Stelle im Tiefbauamt. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 69 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Planung Fußverkehrsmaßnahmen (DIE LINKE.)

Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 70 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung Rad- und Fußverkehr (GRÜNE)

Dann stelle ich das auch gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag Nr. 71 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Stärkung Fuß- und Radverkehr, Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung Rad- und Fußverkehr (DIE LINKE.)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch **abgelehnt**.

Antrag 72 (Seite 147): Klimaschutzkonzept 2030 – Erhöhung Mittel für Ausbau von Radabstellanlagen (DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (Die LINKE.): Das hat sich **erledigt**.